

Die neue Volkspartei

Neubau

KLUB DER ÖVP BEZIRKS RÄTINNEN UND BEZIRKS RÄTE NEUBAU

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **04. 09. 2025** folgenden

Antrag

Entschärfung der Linkskurve Zieglergasse - Bernardgasse

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrssituation an der Linkskurve von der Zieglergasse in die Bernardgasse verkehrssicher zu gestalten. Ziel ist es, durch bauliche und gestalterische Maßnahmen die Sicherheit für Fußgänger*innen – insbesondere Kinder – deutlich zu erhöhen.

Begründung:

Die Zieglergasse verläuft bergab und mündet in einer engen Linkskurve in die Bernardgasse, eine Begegnungszone Wohnstraße ohne besondere Schutzmaßnahmen für Fußgänger*innen. Aufgrund des Gefälles kommt es besonders bei Fahrrädern zu hohen Geschwindigkeiten, was die Situation in der schlecht einsehbaren Kurve zusätzlich verschärft.

Die Bernardgasse ist eine typische Wohnstraße, in der sich regelmäßig Kinder, Anwohnerinnen und Fußgängerinnen aufhalten. Derzeit fehlen Hinweise oder bauliche Maßnahmen, die auf diese besondere Situation aufmerksam machen oder zur Entschleunigung beitragen.

Folgende Maßnahmen sollen geprüft und – soweit möglich – umgesetzt werden:

- Bauliche Entschärfung der Kurve (z. B. durch Fahrbahnverengung, Aufpflasterung oder Versatz)
- Optische Gestaltung der Fahrbahn (z. B. durch Bodenmarkierungen oder Farbflächen)
- Einsatz physischer Elemente zur besseren Lenkung und Orientierung (z. B. Poller, Leitlinien)

Ziel ist eine sicht- und spürbare Verbesserung der Verkehrssicherheit sowie die Entlastung der Wohnstraße von potenziellen Gefahren – insbesondere für die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen.

Antrag betreffend Gebärdensprachdolmetsch für mehr politische Teilhabemöglichkeit

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 04.09.2025 gemäß § 24 Abs 1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständige Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales wird ersucht, für öffentliche Sitzungen der Bezirksvertretung die Dolmetschung in Gebärdensprache umzusetzen. Die Gebärdensprachdolmetschung soll künftig auch auf dem Livestream der Bezirksvertretungssitzungen zu sehen sein.

Begründung:

Mit der Reform der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen ist es nun möglich, öffentlichen Sitzungen Gebärdensprachdolmetscher:innen beizuziehen. Diese Möglichkeit gilt es aktiv zu nutzen, um sicherzustellen, dass auch gehörlose Menschen und Menschen mit Hörbeeinträchtigungen Zugang zu den politischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen in den Bezirken haben.

Barrierefreiheit ist eine Grundvoraussetzung für Teilhabe. Politik muss für alle Bürger:innen zugänglich sein – unabhängig von individuellen Einschränkungen. Der Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher:innen trägt dazu bei, die Transparenz politischer Prozesse zu erhöhen, demokratische Teilhabe zu fördern und einen wichtigen Beitrag zu einer inklusiven Gesellschaft zu leisten.

Antrag betreffend HPV-Impfaktion im Amtshaus Neubau

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 04.09.2025 gemäß § 24 Abs 1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, eine HPV-Schwerpunkt-Impfaktion im Amtshaus des Bezirks zu organisieren.

Begründung:

Die Impfung gegen Humane Papillomaviren (HPV) ist eine wirksame Maßnahme zur Vorbeugung gegen Gebärmutterhalskrebs sowie weitere durch HPV verursachte Krebserkrankungen. In Österreich ist die HPV-Impfung fixer Bestandteil des kostenlosen Kinderimpfprogramms, allerdings ist die Durchimpfungsrate noch immer zu niedrig. Viele Jugendliche und Erwachsene sind nicht ausreichend informiert oder nehmen das Angebot nicht wahr.

Aktuell hat das Gesundheitsministerium die kostenlose HPV-Impfaktion für junge Erwachsene bis zum vollendeten 30. Lebensjahr verlängert. Damit bietet sich eine große Chance, die Durchimpfungsrate in dieser Altersgruppe deutlich zu erhöhen. Umso wichtiger ist es, die Information über dieses Angebot in die Breite zu tragen und unkomplizierte Zugänge zu schaffen.

Gerade weil die HPV-Impfung nicht nur Mädchen und Frauen schützt, sondern auch Buben und Männer, ist es wichtig, die Impfung möglichst breit zugänglich zu machen. Eine Impfaktion im Amtshaus in Kooperation mit dem Wiener Gesundheitsdienst (MA 15) wäre wünschenswert und lässt sich nach Möglichkeit auch mit einer Grippe-Impfaktion kombinieren.



Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 04. Sept. 2025 lt. §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen an den Herrn Bezirksvorsteher folgenden

Antrag

Betreffend: Begrünte Wartehäuschen an geeigneten Haltestellen

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in Zusammenarbeit mit den Wiener Linien eine verbesserte Situation im Hinblick auf die Hitzeinseln der Haltestellenbereiche zu prüfen.

Begründung

Besonders in den Sommerperioden kommt es zu aufgeheizten Plätzen im Bereich der Haltestellen. Die Benützer der öffentlichen Verkehrsmittel sind auch bei „Wind und Wetter“ oftmals ungeschützt. Um dem Abhilfe zu schaffen, wären begrünte Wartehäuschen an geeigneten Stellen eine vorstellbare Möglichkeit.



Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 04. Sept. 2025 lt. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen an den Herrn Bezirksvorsteher folgenden

Antrag

Betreffend: Verschmutzung durch den Altkleidercontainer in der Stiftgasse/Mariahilfer Straße

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob es einen besseren Standort für den Altkleidercontainer in der Stiftgasse/Mariahilfer Straße gibt.

Begründung

Es gibt immer wieder Verschmutzungen durch herumliegende Altkleider, welche zu Anwohnerbeschwerden führen. Neben der Prüfung der Standortwahl, ist auch der Aufsteller des Containers aufzufordern, diesen Standort auf Sauberkeit zu prüfen und ggf. die Container öfter zu entleeren.



Der unterzeichnende Bezirksrat* Berry Maletzky stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen Wien für die Sitzung am 04.09.2025 folgenden

Antrag: Dauerhafte Umwandlung von Teilen der Kirchengasse und Lindengasse in Fußgänger*innen- und Radverkehrsbereiche

Die zuständigen Dienststellen im Magistrat der Stadt Wien, insbesondere MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten), MA 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau), MA 19 (Architektur und Stadtgestaltung), die Wiener Linien sowie die zuständige Mobilitätsstadträtin sollen Möglichkeiten aufzeigen, wie die derzeit aufgrund der U-Bahn-Baustelle gesperrten Abschnitte der Kirchengasse sowie der Lindengasse im Bereich Ecke Kirchengasse nach Abschluss der Bauarbeiten nicht wieder für den motorisierten Verkehr geöffnet, sondern dauerhaft als Fußgänger*innenbereiche mit Radweg gewidmet und gestaltet werden können.

Begründung

Seit 2021 sind die genannten Abschnitte im Zuge der U-Bahn-Baustelle ausschließlich für den Fußgänger*innenverkehr zugänglich. Nach über vier Jahren zeigt sich, dass diese Sperre weder zu Verkehrsüberlastungen noch zu Staus im Umfeld geführt hat.

Die Straßenzüge haben in dieser Zeit trotz Baustelle gezeigt, welches Potenzial in ihnen steckt. Mit dem Raum, der durch die Fertigstellung der Baustelle frei wird, können sie ihre Entwicklung zu attraktiven, sicheren Aufenthaltsräumen abschließen und die Lebensqualität im ganzen Grätzl verbessern.

Darüber hinaus bietet es sich an, die Kirchengasse nach Fertigstellung der Bauarbeiten nicht nur als Fußgänger*innenbereich, sondern auch mit einem eigenen Radweg auszugestalten. Damit kann der derzeit stark frequentierte Radverkehr in der Zollergasse entlastet werden, die durch ihre vielen Sitzgelegenheiten und Schanigärten nicht ideal für Radfahrende geeignet ist. Die Kirchengasse würde somit eine sichere und attraktive Alternative darstellen.

Die dauerhafte Umwandlung in einen verkehrsberuhigten Bereich mit Fußgänger*innenzone und Radweg entspricht den Zielen einer nachhaltigen, menschengerechten Stadtplanung, steigert die Aufenthaltsqualität und unterstützt ein lebenswertes Neubau für alle.

Für KPÖ-LINKS
BR* Berry Maletzky



Der unterzeichnende Bezirksrat* Berry Maletzky stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen Wien für die Sitzung am 04.09.2025 folgenden

Antrag: Sonnen-Schutz für Spielplätze

Die Bezirksvertretung Neubau möge beschließen und die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA42, damit beauftragen, bei allen Kinderspielplätzen im Bezirk die Installation von Sonnensegeln zu prüfen und umzusetzen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Spielplätze mit hohem Anteil an Kleinkindern und ohne ausreichende Baumbeschattung gelegt werden. Insbesondere neue Flächen beim Sophien-Areal sollen zuerst geprüft werden. Alle zukünftigen Park-Anlagen sollen bereits in der Planung mit entsprechendem Sonnen-Schutz geplant werden.

Begründung

Die Sommermonate bringen in Wien zunehmend längere Hitzeperioden. Besonders Kinder sind von starker Sonneneinstrahlung betroffen, wenn sie Spielplätze nutzen. Viele der im 7. Bezirk gelegenen Spielplätze verfügen über kaum natürliche Beschattung. Dies führt dazu, dass Geräte in der Sonne sehr heiß werden und Kleinkinder gesundheitlichen Risiken wie Sonnenstich, Verbrennungen oder Überhitzung ausgesetzt sind.

Sonnensegel bieten eine flexible und rasch umsetzbare Möglichkeit, um Spielplätze sicherer und attraktiver zu gestalten. Sie schaffen Schatten, senken die Oberflächentemperatur der Geräte und ermöglichen eine Nutzung auch während der heißesten Stunden des Tages.

In anderen Wiener Bezirken wurden Sonnensegel bereits erfolgreich installiert – so etwa am **Wasserspielplatz auf der Donauinsel (22. Bezirk)**, im **Czapkapark im 3. Bezirk** oder im **Bruno-Kreisky-Park im 5. Bezirk**. Diese Beispiele zeigen, dass Sonnensegel auch im dicht verbauten Gebiet wirksam zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität beitragen.

Für KPÖ-LINKS
BR* Berry Maletzky



Der unterzeichnende Bezirksrat* Berry Maletzky stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen Wien für die Sitzung am 04.09.2025 folgenden

Antrag: Vielfalt in der Gestaltung von Begegnungs- und Fußgänger*innenzonen sichern

Die zuständigen Dienststellen im Magistrat der Stadt Wien, insbesondere MA 19 (Architektur und Stadtgestaltung), MA 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) und MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten), mögen in enger Abstimmung mit der Bezirksvertretung Neubau und in Person des Bezirksvorstehers beauftragt werden, folgende Schritte zu setzen:

- bei zukünftigen Umgestaltungen von Verkehrsberuhigungen, Fußgänger*innen- und Begegnungszonen im 7. Bezirk von den derzeitigen standardisierten Gestaltungsformen (gleiche Pflastersteine, Möbel, Pflanzkübel etc.) abzuweichen,
- stattdessen alternative Gestaltungselemente zu prüfen und einzusetzen, wie etwa: Naturstein oder recycelte Materialien anstelle des Standardpflasters, unterschiedliche Begrünungsformen (Bäume, Wildblumenbeete, vertikale Begrünungen), Sitzgelegenheiten mit Bezug auf lokale Initiativen oder Kunstwerke von Künstler*innen aus dem Bezirk,
- für besonders zentrale Projekte Architekt*innen- und Gestaltungswettbewerbe auszuschreiben, die den Charakter Neubaus in den Vordergrund stellen,
- und dabei die kulturelle und städtebauliche Identität des Bezirks – etwa seine kleinteilige Gründerzeitarchitektur, die vielfältige Kulturszene, seine Rolle als dicht bebautes, aber zugleich kreatives und sozial durchmischtes Grätzl – sichtbar und erlebbar zu machen.

Begründung

In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass Verkehrsberuhigungen, Fußgänger*innen- und Begegnungszonen in Wien nach einheitlichen Mustern gestaltet werden. Gleiche Pflastersteine, gleiche Möbel und gleiche Pflanzkübel führen dazu, dass die Individualität der Bezirke zunehmend verloren geht.

Gerade Neubau lebt von seiner Vielfalt: von kleinteiligen Häuserstrukturen, einem reichen Kultur- und Vereinsleben und einem besonders dichten Netz an Initiativen. Standardisierte Lösungen tragen nicht zur Identitätsbildung bei und werden den Eigenheiten des Bezirks nicht gerecht.

Durch die Nutzung alternativer Materialien, individueller Gestaltungselemente und die Einbindung lokaler Akteur*innen kann der öffentliche Raum wesentlich abwechslungsreicher und lebensnaher gestaltet werden. Wettbewerbe eröffnen neue Impulse, die Aufenthaltsqualität erhöhen und die

Vielfalt Neubaus sichtbar machen. So wird der Bezirk nicht nur für Bewohner*innen, sondern auch für Besucher*innen noch attraktiver.

Für KPÖ-LINKS
BR* Berry Maletzky



Der unterzeichnende Bezirksrat* Berry Maletzky stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen Wien für die Sitzung am 04.09.2025 folgenden

Antrag: Einrichtung von Grätzl-Ladezonen im 7. Bezirk

Im Bereich der Begegnungszonen Neubaugasse und Mariahilfer Straße sollen umgehend zusätzliche Grätzl-Ladezoneneingerichtet werden.

Die zuständigen Dienststellen, insbesondere die MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) für die verkehrsrechtliche Anordnung, die MA 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) für die bauliche Umsetzung sowie die MA 67 (Parkraumüberwachung) für die Kontrolle, sind damit zu beauftragen. Diese Ladezonen sind so zu platzieren, dass sie eine einfache Nutzung sowohl für Gewerbetreibende als auch für Anrainer*innen ermöglichen und damit das rechtswidrige Zuparken von Gehsteigen und Blindenstreifen verhindern.

Als geeignete Standorte bieten sich insbesondere die bestehenden Fahrzeugabstellflächen an:

- Neubaugasse auf Höhe der Mondscheingasse 20 sowie der Lindengasse 38,
- Mariahilfer Straße an der Ecke Schottenfeldgasse/Mariahilfer Straße (konkret Schottenfeldgasse 2),
- an der Ecke Zieglergasse/Mariahilfer Straße (konkret Zieglergasse 1),
- an der Ecke Andreasgasse/Mariahilfer Straße (konkret Andreasgasse 2),
- sowie an der Ecke Stiftgasse/Mariahilfer Straße (konkret Mariahilfer Straße 30/Stiftgasse 1 in der Stiftgasse).

Begründung

Gerade in den hochfrequentierten Bereichen der Neubaugasse und Mariahilfer Straße wird täglich hundertfach illegal auf Gehsteigen und Blindenstreifen geparkt. Dies führt zu gefährlichen Situationen für Fußgänger*innen, beeinträchtigt Menschen mit Kinderwägen, Rollstühlen und eingeschränkter Mobilität und mindert die Aufenthaltsqualität der Begegnungszonen erheblich.

Grätzl-Ladezonen bieten eine konkrete Lösung: Sie schaffen klar geregelte Haltemöglichkeiten für Lade- und Lieferzwecke, sowohl für Privatpersonen als auch für Gewerbetreibende. Erfahrungen aus anderen Bezirken zeigen, dass sie das Falschparken deutlich reduzieren können und gleichzeitig den lokalen Handel sowie die Bewohner*innen unterstützen.

Die Begegnungszonen im 7. Bezirk erfüllen ihren Zweck nur dann, wenn sie auch tatsächlich frei von illegalem Verkehr und sicher für die Fußgänger*innen sind. Daher braucht es mehr Ladezonen – sofort und vor Ort

Für KPÖ-LINKS
BR* Berry Maletzky



Tempo 30 für höhere Schulwegsicherheit und Verkehrssicherheit in Wien Neubau

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNEN stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04.09.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Wien werden ersucht, die flächendeckende Einführung von Tempo 30 für alle Straßen in Wien Neubau zu prüfen und umzusetzen um insbesondere die Schulwege sicherer zu machen. Zusätzlich sollen Begleitmaßnahmen den öffentlichen Verkehr beschleunigen.

Begründung

Alle fünf Volksschulen im 7. Bezirk haben eine Gemeinsamkeit: Teile des Schulweges befinden sich an einer Schienenstraße oder an einer Straße mit einem Busfahrstreifen, welche derzeit jeweils von Tempo 30 ausgenommen sind.

Tempo 30 ist ein wichtiger Beitrag zur weiteren Erhöhung der Verkehrssicherheit und eine wichtige Maßnahme zur Förderung selbständiger und bewegungsaktiver Mobilität von Kindern – die oft mit der Begründung „zu gefährlich“ unterbunden wird.

Bei Tempo 30 statt Tempo 50 sinkt das Risiko tödlicher Verletzungen bei Zusammenstößen mit Gehenden um 75 Prozent. Das spiegelt sich auch in der Unfallstatistik von Städten wider, die Tempo 30 zum Standard gemacht haben. In Brüssel ging die Anzahl der Verkehrstoten im Jahr 2021 um 55 Prozent und jene der Schwerverletzten um 22 Prozent zurück, nachdem ab Jänner Tempo 30 zum Standard wurde. In Helsinki ist die „Vision Zero“ Realität und Tempo 30 war eine der Maßnahmen, und dies zu erreichen.

Tempo 30 ist eine Maßnahme, welche rasch und kostengünstig umgesetzt werden kann und kann als erste Maßnahme zur generellen Verkehrsberuhigung im Schulumfeld, wie im STEP 2035 festgeschrieben, gesehen werden.

Die Umsetzung von Tempo 30 ist gut mit dem Öffentlichen Verkehr vereinbar. Die Umsetzung von Tempo 30 kann die Fahrzeit zwar geringfügig um etwa 15 Sekunden pro Kilometer erhöhen, durch einen gleichmäßigeren Verkehrsfluss ergeben sich jedoch auch Vorteile bei Planbarkeit und Verkehrssicherheit. Durch begleitende Maßnahmen wie Verbesserungen der Ampelschaltungen, Bevorrangungen, eigene Spuren oder vorgezogene Haltestellen kann die Situation für den Öffentlichen Verkehr weiter verbessert werden.



Ausweitung kinderfreundlicher Schulumgebungen in Wien Neubau

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der GRÜNEN stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04.09.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Wien werden ersucht kinderfreundliche Schulumgebungen in Wien Neubau zu prüfen und umzusetzen um insbesondere die Schulwege sicherer zu machen und die aktive Mobilität am Schulweg zu fördern.

Begründung

Alle fünf Volksschulen im 7. Bezirk haben eines gemeinsam: Teile ihrer Schulwege verlaufen entlang von Schienenstraßen oder Straßen mit Busfahrstreifen – Bereiche mit hohem Kfz-Aufkommen und Konfliktpotenzial. Priorität hat daher die konsequente Tempo- und Verkehrsreduktion im unmittelbaren Schulumfeld. Konkret sollten auf allen relevanten Schulwegachsen flächendeckend niedrigere Tempolimits gelten (mindestens Tempo 30, punktuell Tempo 20 bzw. „Schulstraße“ zu Bring- und Holzeiten) und der Durchzugsverkehr gezielt unterbunden werden. Diese Maßnahmen verkürzen Anhaltewege, verbessern Sichtbeziehungen, senken Lärm- und Abgasbelastung und erhöhen die Sicherheit von zu Fuß gehenden und radelnden Schüler:innen deutlich.

Ergänzend können bauliche Anpassungen – sichere Querungen, barrierefreie Übergänge, fußgängerfreundliche Ampelschaltungen, klar definierte Schulvorzonen mit Begrünung und Beschattung – sowie organisatorische Schritte umgesetzt, etwa Geschwindigkeitsdisplays, Kontrollen und abgestimmte Verkehrsregelungen mit Öffentlichem Verkehr und Einsatzdiensten. Die Gestaltung sicherer, grüner und lebenswerter Schulvorplätze bleibt Leitbild; ihr Gelingen erfordert das Miteinander im Bezirk: Schulen, Eltern, Kinder, Anrainer:innen und Bezirk entwickeln die Maßnahmen gemeinsam und setzen sie schrittweise um.



Radübungsplatz Neubau

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNEN stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04.09.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, im 7. Bezirk einen Radübungsplatz anzubieten, der sowohl von Schulen für Radfahrkurse für Volksschüler*Innen im Rahmen der Mobilitätsbildung, als auch von Privatpersonen genutzt werden kann.

Begründung

Aktive Mobilität gewinnt im Stadtteil stetig an Bedeutung. Im Einklang mit den Zielsetzungen des Wiener Regierungsprogramms 2025–2030 zur Förderung der aktiven Mobilität soll daher im 7. Bezirk ein Radübungsplatz entstehen. In Kooperation mit dem Bezirk werden geeignete Flächen geprüft und ein gut erreichbarer, barrierefreier Standort festgelegt. Ziel ist eine dauerhaft nutzbare Infrastruktur, die verkehrsrealistische Übungselemente (z. B. Markierungen, Kreuzungs- und Abbiegesituationen, einfache Verkehrszeichen) bietet und damit praktische Mobilitätsbildung vor Ort ermöglicht.

Für die Volksschulen im Bezirk fehlt es bislang häufig an sicheren Übungsräumen; Alternativen sind oft nur mit erheblichem organisatorischem Aufwand erreichbar. Ein Radübungsplatz in Wohnortnähe erleichtert den Schulen die Abhaltung von Radfahrkursen im Rahmen der Mobilitätsbildung – ohne lange Anfahrtswege, planbar im Schulalltag und in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partner:innen. So werden grundlegende Fahr- und Verhaltenskompetenzen früh und nachhaltig gestärkt.

Auch Privatpersonen profitieren: Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senior:innen können in einem geschützten Rahmen grundlegende Fertigkeiten aufbauen oder auffrischen – vom Anfahren und Bremsen über sicheres Abbiegen bis zum Fahren mit Lasten- oder E-Bikes. Der Radübungsplatz erhöht die Verkehrssicherheit, fördert klimafreundliche Wege und setzt die im Regierungsprogramm von SPÖ-NEOS verankerten Ziele konkret im Bezirk um.



Planung Verkehrsorganisation Sophienareal

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNEN stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04.09.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien (MA18, MA46) bzw. die zuständige Stadträtin Ulli Sima werden ersucht, eine umfassende und zukunftsweisende Planung zur Verkehrsorganisation und Gestaltung für die Straßen und den Öffentlichen Raum im Umfeld des neuen Stadtquartiers beim ehemaligen Sophienspital durchzuführen. Dazu zählen Teile der Stollgasse, Kenyongasse, Kaiserstraße und Apolllogasse.

Begründung

Die Fertigstellung des neuen Stadtquartiers kommt immer näher. Mit dem Einzug der Institutionen wie Kindergarten, Volkshochschule, Gastronomie, Coworking-Space und Pensionist:innenclub sowie der hunderten neuen Bewohner*Innen muss auch der umgebende Öffentliche Raum mehr Funktionen wahrnehmen.

Die umfassende Planung soll sicherstellen, dass:

- Bewohner:innen sowie die zahlreichen und diversen Nutzer:innen der Institutionen das Stadtquartier sowohl zu Fuß als auch mit dem Fahrrad sicher, bequem und barrierefrei erreichen können sowie Mobilitätsbedürfnisse wie Halte- und Grätzlladezonen berücksichtigt werden.
- Kindergartenkinder und ihre Eltern den Kindergarten sicher und bequem aus der Umgebung erreichen können.
- Der Schulweg der rund 2000 Schüler:innen des gegenüberliegenden Bildungszentrums Kenyongasse sicherer gestaltet wird, insbesondere die Querung der derzeit dreispurigen Stollgasse (Schiene, zwei MIV Spuren) und ein möglichst autofreier Schulvorplatz in der Kenyongasse entsteht.

- Maßnahmen wie Baumpflanzungen, eine Gleisbegrünung und andere Klimawandelanpassungen im Umfeld geprüft und umgesetzt werden.
- Der Stollgasse als Hauptradrouten Rechnung getragen wird und diese in beide Richtungen für den Fahrradverkehr zu öffnen, um eine bessere Anbindung an den Gürtelradweg als Lückenschluss in den Bezirk zu schaffen.



Neubau verbindet – Bekenntnis zum Eurovision Song Contest

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNEN und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04.09.2025 gemäß § 104 WStv. folgende

Resolution

Der Bezirk Wien Neubau bekennt sich zur besonderen politischen Bedeutung des Eurovision Song Contest (ESC) als europäische Plattform der Vielfalt, Toleranz und Gleichberechtigung. Der Bewerb steht für das friedliche Miteinander über Grenzen hinweg, stärkt die Sichtbarkeit von Minderheiten – insbesondere der LGBTIQ-Community – und fördert eine Kultur des Respekts, in der unterschiedliche Identitäten, Sprachen und Lebensentwürfe gleichwertig anerkannt werden.

Dies ist aktuell umso wichtiger, als in anderen Ländern all diese Rechte und Freiheiten unter starkem Druck stehen. Im Nachbarland Ungarn konnte die Budapest Pride heuer nur durch den Einsatz von Bürgermeister Gergely Karácsony realisiert werden. Kunst- und Meinungsfreiheit sowie gleiche Chancen für alle Menschen sind grundlegende Aspekte unserer Gesellschaft. Es zeigt sich, dass Städte eine wichtige Rolle in der Verteidigung dieser Grundrechte und des guten Miteinanders innehaben. Wien Neubau unterstützt daher Engagement gegen jede Form von Diskriminierung, Hass und Hetze sowie und setzt sich für umfassende Inklusion und barrierefreie Teilhabe am kulturellen Leben ein. Gleichzeitig hat der ESC eine wichtige musikalische Bedeutung für die Pop Musik, wo Wien Neubau mit seinen vielen Musiker:innen, Labels und Tonstudios ein wichtiger Teil ist.

Wien Neubau liegt auf der Achse zwischen dem Eurovision Village am Rathausplatz und der Wiener Stadthalle, dem Austragungsort. Der Bezirk will eine lebendige Brücke sein: Er heißt Gäste willkommen, macht lokale Initiativen, Gastronomie und Handel sowie Künstler:innen sichtbar und öffnet öffentliche Räume für niederschwellige Kulturformate und Begegnungen.

In diesem Sinne unterstützt der Bezirk Initiativen von Neubauer:innen, die die Botschaft des Eurovision Song Contest im Alltag sichtbar machen, Bewohner:innen, Geschäftsleute und lokale Künstler:innen einbinden, und setzt gemeinsam mit ihnen Akzente, damit alle – Neubauer:innen wie auch alle Gäste – die Tage rund um den ESC in Wien Neubau gut verbringen können.



Eurovision Song Contest 2026: Hotellerie unterstützen – Wohnraum schützen

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der GRÜNEN stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04.09.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Wien werden ersucht in Zusammenarbeit mit dem WienTourismus und dem Bezirk für das Großevent Eurovision Song Contest 2026 durch geeignete Maßnahmen Angebote von gewerbliche Unterkünfte wie Hotels und Pensionen zu unterstützen und gleichzeitig stärker gegen illegale Kurzzeitvermietungen vorzugehen.

Begründung

Der Eurovision Song Contest 2026 wird Wien internationale Aufmerksamkeit, hohe Nächtigungszahlen und starke Nachfrage nach Unterkünften bringen. Damit diese Chance wirtschaftlich, kulturell und stadtverträglich genutzt wird, braucht es eine abgestimmte Unterstützung der gewerblichen Anbieter:innen – insbesondere Hotels und Pensionen. So wird die legale Beherbergungsinfrastruktur gestärkt, die Aufenthaltsqualität für Besucher:innen erhöht und lokale Wertschöpfung im Bezirk gefördert.

Gleichzeitig ist ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Kurzzeitvermietungen notwendig. Solche Angebote entziehen dem Wohnungsmarkt dringend benötigten Wohnraum, umgehen Abgaben- und Meldepflichten (z. B. Ortstaxe/Nächtigungsabgabe) und unterlaufen Bau-, Betriebsanlagen- und Brandschutzvorschriften.



Unterstützung lokaler Künstler:innen aus Wien Neubau als ESC Begleitprogramm

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNEN stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04.09.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien bzw. die zuständige Stadträtin Veronica Kaup-Hasler werden ersucht, in enger Abstimmung mit dem Bezirk, als Begleitprogramm zum Eurovision Song Contest Auftritts- und Finanzierungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum für Neubauer Künstler:innen zu schaffen.

Begründung

Der Eurovision Song Contest 2026 bietet eine herausragende Gelegenheit, Wien als weltoffene, gastfreundliche und innovative Kulturstadt zu präsentieren. Neben den unbestrittenen Wirtschafts- und Tourismuseffekten ist es im Sinne einer nachhaltigen Kulturpolitik wesentlich, die Aufmerksamkeit des ESC gezielt zu nutzen, um regionale, österreichische Musiker:innen einem internationalen Publikum sichtbar zu machen. Andere Host-Cities haben gezeigt, dass parallel zum Wettbewerb eine starke, öffentlich zugängliche Plattform für die lokale Szene möglich ist. Wien verfügt über eine vielfältige Musiklandschaft – von Pop bis Klassik, von Jazz bis Volksmusik –, die diese Bühne verdient.

Neubau ist ein gewachsener Kreativbezirk mit zahlreichen Spielstätten, Initiativen und Betrieben, die von einem kuratierten, fair bezahlten Begleitprogramm unmittelbar profitieren und es zugleich mittragen können. Öffentliche Bühnen mit täglichem Programm, ergänzt um Pop-up-Formate im öffentlichen Raum, stärkt die lokale Wertschöpfung, schafft niedrigschwelligen Zugang zu Kultur, fördert Diversität und Teilhabe und setzt ein starkes Zeichen für Zusammenhalt über soziale und kulturelle Grenzen hinweg. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stellen sicher, dass der ESC 2026 auch für die Musikszene in Wien Neubau ein erfolgreicher und langfristig wirksamer Impuls wird.

Pilotprojekt für Pfandringe bzw. Pfandregale im 7. Bezirk

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNEN, NEOS und ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04.09.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die Einführung eines Pilotprojekts für Pfandringe bzw. Pfandregalen an ausgewählten öffentlichen Abfallbehältern in Wien Neubau zu prüfen. Als mögliche Standorte bieten sich stark frequentierte Orte an. Die Auswahl der konkreten Standorte möge in Abstimmung mit der Bezirksvertretung erfolgen. Begleitend soll bewusstseinsbildende Öffentlichkeitsarbeit sowie zur verständlichen Kennzeichnung und Nutzung der Pfandringe gesetzt werden. Nach einer angemessenen Pilotphase ist eine Evaluierung hinsichtlich Akzeptanz, Nutzung und Wirkung auf Recyclingverhalten und Sauberkeit im öffentlichen Raum vorzunehmen.

Begründung

Mit 1. Jänner 2025 wurde in Österreich ein bundesweites Pfandsystem für Einweg-Getränkeverpackungen eingeführt – ein bedeutender Schritt zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und zur Reduktion von achtlos entsorgtem Verpackungsmüll im öffentlichen Raum. Erste Auswertungen zeigen: Das System wird von der Bevölkerung gut angenommen. Doch gerade kleinere Flaschen und Dosen, die unterwegs konsumiert werden, landen nach wie vor häufig auf der Straße oder bestenfalls im Restmüll. Hier setzen ergänzende Maßnahmen wie Pfandringe oder Pfandregale an.

Pfandringe bieten eine einfache Möglichkeit, pfandpflichtige Gebinde separat abzustellen. Pfandregale schaffen ebenfalls die Möglichkeit, Flaschen und Dosen in geeigneten Behältern abzustellen, sodass andere Personen sie gefahrlos entnehmen und zurückbringen können - und bieten im Gegensatz zu Pfandringen an Mistkübeln auch ausreichend Platz, um das Leergut geordnet abzustellen.

Damit werden zwei Ziele gleichzeitig verfolgt: Die Recyclingquote wird erhöht, und gleichzeitig wird das Sammeln für Menschen erleichtert, die finanziell auf das Einlösen von Pfand angewiesen sind. Denn das Wühlen in Mistkübeln ist nicht nur entwürdigend, sondern birgt auch Verletzungsrisiken und hygienische Gefahren.

Städte wie Linz, Graz und Innsbruck haben mit Pfandringen hinsichtlich Stadtsauberkeit, Abfallvermeidung und sozialen Zusammenhalt bereits positive Erfahrungen gesammelt, und auch das Museumsquartier hat mit Pfandregalen erfolgreich vorgezeigt, dass dieses Modell funktioniert.

Damit auch Wien Neubau vom Potenzial dieser einfachen Maßnahmen profitiert, soll ein Pilotprojekt gestartet werden. Dabei sollen nicht nur geeignete Orte identifiziert und entsprechend ausgestattet werden, sondern auch eine begleitende Bewusstseinsarbeit stattfinden, etwa durch Informationsschilder an den Pfandringen oder begleitende Kommunikationsmaßnahmen. Dadurch kann einerseits vermieden werden, dass andere Abfälle als nicht entleerte Pfandgebilde oder andere Abfälle an den Ringen abgestellt werden und andererseits das Bewusstsein für Recycling und Sauberkeit in unserer Stadt erhöht werden.

Die Einführung von Pfandringen bzw. Pfandregalen ist eine win-win-Maßnahme im Sinne des Klima- und Ressourcenschutzes, der sozialen Fairness und einer sauberen, lebenswerten Stadt. Mit einem Pilotprojekt können auf Wien bezogene Erfahrungen gesammelt und die evidenzbasierte Grundlage für eine stadtweite Ausrollung gelegt werden. Ergänzend kann geprüft werden, inwiefern Pfandspendenboxen ermöglicht werden können. Dies kann beispielsweise in Zusammenarbeit mit Wohltätigkeitsorganisationen geschehen.



Die neue
Volkspartei
Neubau



Benennung Sophienpark

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNEN, SPÖ, ÖVP und KPÖ-LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04.09.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien bzw. die zuständige Stadträtin Veronica Kaup-Hasler – Amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft werden ersucht, die derzeit noch unbenannte Parkfläche auf dem 1,3 Hektar großen Gelände des ehemaligen Sophienhospitals, auf dem zur Zeit ein neues Stadtquartier entsteht, künftig Sophienpark zu nennen.

Begründung

Bereits 2019 fand eine Bürger:innenbeteiligung des Bezirks mit der LA21 zur Zukunft des Sophienareals statt, in der diese Fläche bereits „Sophienpark“ genannt wurde. (<http://sophienpark.at>). Dieser Name ist spätestens seit diesem Zeitpunkt umgangssprachlich oft im Gebrauch der Bürger:innen, wenn sie von dieser Parkfläche sprechen. Insofern ist es naheliegend und sinnvoll den Namen „Sophienpark“ aufzugreifen und nach einer – in diesem Fall – mehreren Frauen mit dem Namen Sophie zu benennen. Dieser Vorgang entspricht den Kriterien der Stadt Wien zu Verkehrsflächenbenennungen.

Welche „Sophie“(n) werden benannt?

Seit 1900, also dem Zeitpunkt der Eröffnung der „k. k. Krankenanstalt Erzherzogin-Sophien-Spitals-Stiftung“, ist der Name Sophie bedeutungsgebend für die entsprechende Bezirksfläche in Neubau, für ihre Bauten und die Grünfläche. Benannt wurde diese Krankenanstalt ursprünglich nach der verstorbenen Mutter Kaiser Franz Josephs I., der Erzherzogin Sophie von Österreich.

Als Bezirk wollen wir jedoch nicht allein auf die historische Perspektive Bezug nehmen, sondern auf die Bedeutung des Namens an sich. Der weibliche Vorname Sophie bedeutet übersetzt „die Weise“ oder „die Wissende“ und ist von altgriechischer Herkunft. Mit dem

Parknamen „Sophienpark“ wollen wir auf die Weisheit und das Wissen von Frauen generell, auf die Bedeutung von Frauen und deren Teilhabe an gesellschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen, literarischen Diskursen qua Namen verweisen und erinnern.

Deshalb soll der zukünftige Sophienpark mehreren Frauen mit dem Namen „Sophie“ gewidmet sein und an diese verschiedene Sophies erinnern wie etwa an Sophie von La Roche (1730-1807), eine deutsche Schriftstellerin und Salonière, einer der ersten finanziell unabhängigen Berufsschriftstellerinnen in Deutschland, Herausgeberin und Autorin der ersten deutschen Frauenzeitschrift Pomona und Verfasserin der ersten deutschsprachigen Briefromane. Oder auch an „Die rote Sophie“ / Sophie von Hatzfeldt (1805–1881), eine deutsche Sozialistin, die aufgrund ihres Engagements für die Arbeiter*innenbewegung als „rote Gräfin“ bekannt war. Und an Sophie Scholl, (1921-1943) eine deutsche Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus und einzige Frau unter den zuletzt sechs Mitgliedern der studentischen Widerstandsgruppe Weiße Rose in München.

Und an Sophie Leifhelm (geb. Hennicke, 1890–1945), eine aus Graz stammende Schriftstellerin und kommunistische Widerstandskämpferin, die nach Engagement in der SPÖ und bei der „Roten Hilfe“ 1944 verhaftet, ins KZ Ravensbrück deportiert und dort im März 1945 zu Tode gebracht wurde. Ihre Biografie steht für mutige, politisch aktive Frauen der Arbeiterschaft, die für Freiheit und Solidarität eintraten.

Ebenso an Sophie Schick (1914–1995), geboren als Zofia Rowińska in Warschau, Lehrerin und Historikerin: Gemeinsam mit ihrem Mann, dem Juristen und Bibliothekar Paul Schick, ordnete und erschloss sie ab 1959 den umfangreichen Nachlass von Karl Kraus für die Wienbibliothek im Rathaus – eine enorme, oft unbezahlte editorische Leistung, die den Zugang zu zentralen Quellen der Wiener Moderne bis heute prägt.

An Sophie Freud (1924–2022), Psychotherapeutin und Sozialpädagogin: 1938 aus Wien emigriert, baute sie in den USA eine akademische Laufbahn auf (u. a. Simmons College), schrieb wissenschaftlich wie autobiografisch – etwa „Meine drei Mütter und andere Leidenschaften“ und „Im Schatten der Familie Freud“ – und setzte sich kritisch mit Aspekten der Psychoanalyse auseinander. 1998 erhielt sie die österreichische Staatsbürgerschaft zurück.

An Sophie (Sofie) Szécsi, geb. Polanyi (1888–?), die mit ihrer Familie in Wien-Hietzing lebte, eine Leihbücherei und Buchhandlung in der Lainzerstraße führte und so am kulturellen Leben der Stadt mitwirkte. Ihr Mann, Egon Szécsi, betrieb im 7. Bezirk eine kleine Filmverleihgesellschaft – eine enge Verbindung zum Bezirk Neubau. Nach 1938 wurde die Familie schwer verfolgt; Egon Szécsi wurde in Dachau ermordet. In Briefen schilderte Sophie eindringlich den Alltag unter Verfolgung, Deportation und existenzieller Not – ihr Schicksal steht stellvertretend für das Leben vieler Wiener Jüdinnen und Juden, deren kulturelles und wirtschaftliches Wirken ausgelöscht werden sollte.

Und an Sophie von Todesco, geb. Gomperz (1825–1895), die als bedeutende Salonière der Ringstraßen-Epoche in ihrem Palais am Ring Intellektuelle, Künstler*innen, Politiker und Wissenschaftler versammelte. Ihr Salon war ein Knotenpunkt liberaler Debatten und künstlerischer Innovationen – ein Ort, an dem Wien zu jenem geistigen Resonanzraum wurde, der die Stadt bis heute prägt.

Oder an Sophie Kropotkin (1856–1941), eine jüdisch-ukrainische Biologin und Essayistin, die für den Zugang von Frauen zur höheren Bildung kämpfte und mit ihren Schriften die Teilhabe von Frauen an gesellschaftlichen Diskursen einforderte.

In einem kleinen feinen (Kunst-)Projekt werden wir die Namen aller „Sophies“ im neuen Sophienpark sichtbar machen. Die Kulturkommission des Bezirks definiert dazu Kriterien und einen transparenten, partizipativen Auswahlprozess für die Nennung der Frauen.



**Die neue
Volkspartei**

Neubau

Gestaltung von klimafitten Mikroaufenthaltsflächen in der Kaiserstrasse/Ecke Seidengasse zur Attraktivierung der Einkaufsstraße Kaiserstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNEN und ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04.09.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen MA-Dienststellen werden aufgefordert, klimafitte und verkehrssichere Mikroaufenthaltsflächen in der Kaiserstrasse Ecke Seidengasse im Rahmen eines partizipativen Planungsprozesses (Einbindung von Anrainer*innen, Kaufleuten, etc.) zu schaffen.

Begründung

Der öffentliche Raum spielt eine zentrale Rolle für die Lebensqualität in unserem Bezirk. Besonders in dicht bebauten innerstädtischen Bereichen wie der Kaiserstraße Ecke Seidengasse ist es wichtig, kleine, attraktive Aufenthaltsflächen zu schaffen.

Mikroaufenthaltsflächen – etwa mit bepflanzten Baumscheiben, Sitzgelegenheiten und kleinen Wasserelementen – tragen wesentlich zur Verschönerung des Stadtbildes und zur Verbesserung des Mikroklimas bei.

Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Hitzetage und versiegelter Flächen brauchen wir grüne, kühlende Zonen im Alltag. Solche Aufenthaltsorte fördern nicht nur das Stadtklima, sondern laden auch alle Bürger:innen zum Verweilen, Begegnen und Erholen ein.

Die Aufwertung des öffentlichen Raums und verkehrssichernde Maßnahmen fördert die Flanierqualität, steigert die Frequenz an Passant:innen und stärkt somit die ansässigen Geschäftsleute – ein klarer Gewinn für den lokalen Einzelhandel und die Gastronomie.

Besonderer Wert soll auf die Beteiligung der Anwohner:innen und Gewerbetreibenden gelegt werden. Im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsprojekts sollen Ideen gesammelt und gemeinsam umgesetzt werden – für ein lebendiges, klimagerechtes und gemeinschaftlich gestaltetes Stadtviertel.